05EUS2012000021 Westdt. Beobachter 1943
Faktor 20
Sa.

Euskirchener Beobachter

Keiner bleibt ohne Hilfe

Ist der Krieg für uns in der Heimat nicht wie ein gewaltiges Drama, das sich hinter verschlossenen Türen abspielt? In einsamen Stunden glaubt man Laute, hellen Ruf oder Stöhnen zu hören. Aber man weiß nicht, was geschehen ist. Man kennt das alles ja selber gar nicht. Man möchte das Schloß sprengen, die Tür einstoßen, man möchte helfen, retten — und kann es nicht.

Und dann formen sich vor dem geistigen Auge des Daheimgebliebenen Bilder. Man sieht, wie der Sohn, das Gewehr schußbereit, Handgranaten im Gürtel durch das Gehölz streicht. Es knallen Schüsse. Er drückt sich dicht an den Erdboden. Das Pfeifen der Kugeln geht über ihn hinweg. Dann richtet er sich wieder auf. Wird das Feuer schwächer? Es ist verstummt. Man sieht ihn jetzt deutlich den Hang hinauf. Da knallt noch ein Schuß. Der Soldat gleitet verwundet zu Boden. Er liegt zwischen den Gräsern. Das Herz will einem stillestehn ...

Und dann erinnern wir uns, was unsere Männer wieder erzählt haben. „Die Sanitätssoldaten sind in diesem Krieg immer mitten unter uns, und der Sanitätsoffizier, der ist auch immer unmittelbar bei unseren Kämpfern. Sie alle springen sofort zu. Keiner von uns bleibt ohne Hilfe. Das gibt ein gutes Gefühl der Sicherheit."

Auch für uns in der Heimat ist das ein tröstender Gedanke. Nicht zuletzt, weil wir nun auch einen Weg — wenn auch nur einen mittelbaren — für unseren eigenen Hilfswillen sehen: ...

Der gute Ton im Betrieb

Ein wichtiges Problem betrieblicher Menschenführung

Die Umstände, unter denen das Arbeitsleben während des Krieges abrollt, stehen im Zeichen mannigfacher Erschwernisse, die man im Frieden nicht gekannt hat. Sie belasten jedes einzelne Gefolgschaftsmitglied und können nur gemeistert werden, wenn ihnen eine erhöhte Anspannung der Führungskräfte gegenübersteht, weil betriebliche Höchstleistungen, wie sie heute verlangt werden müssen, allein von leistungswilligen und leistungsfähigen Menschen vollbracht werden können. Es ist deshalb von ausschlaggebender Bedeutung, daß die an sichtbarer und einflußreicher Stellung stehenden Kräfte den anderen ein anspornendes, beispielgebendes Vorbild sind.

Gerade der Nationalsozialismus hat die Sozialpolitik als eine Führungsaufgabe erkannt und im Betrieb folgerichtig die Menschenführung in den Mittelpunkt aller Bestrebungen gestellt. Der richtige Führer erweist sich aber zu allen Zeiten und auf allen Gebieten weniger durch seine Worte als durch seine Taten. Wahre Autorität verschafft sich der Führende nur, wenn er in Haltung und Leistung Vorbild ist. Wer sich nur auf sachliches Können beruft, während er persönliche Anforderungen mißachtet, verstößt damit gegen eine Grundauffassung des Nationalsozialismus, denn er setzt mit einer solchen Haltung den Persönlichkeitswert des Geführten herab. Man kann unter Umständen fehlende Fachkenntnisse durch gute Berater ersetzen, Haltung indessen niemals.

Gegenseitige Rücksichtnahme, Takt, Höflichkeit und vornehme Gesinnung helfen Schwierigkeiten erleichtern und überwinden, sind also keine Ueberflüssigkeiten, sondern leistungsfördernde Momente von großer Bedeutung!

Wie überall, so muß auch hier das gute Vorbild diejenigen überzeugen, die sich durch ihr unangenehmes Wesen im Betrieb mehr oder weniger unbeliebt machen und so als störende Elemente die Betriebsgemeinschaft schädigen. Wir Menschen sind alle keine Engel, und wer sich ohne Selbstgefälligkeit den Spiegel vorhält, erkennt auch seine Unzulänglichkeiten ... Arbeitskameraden in anständigem Ton begegnen, der sich ebenso anständig aufführt.

Schlechte Vorbilder hingegen müssen die Stimmung im Betrieb beeinflussen. Nicht umsonst wendet sich der offene anständige Gefolgsmann gegen jene Leisetreter und Strebernaturen, die der Volksmund sehr bildhaft als „Radfahrer" bezeichnet, weil sie nach oben buckeln und nach unten treten. Solche Leute fordern durch anmaßendes Verhalten die Widerspenstigkeit der Arbeitskameraden heraus. Wenn sie — was leider vorkommt — als Unterführer eingesetzt sind, bedeuten sie für jeden Betrieb eine Belastung. Nicht zuletzt deshalb, weil jedes Gefolgschaftsmitglied Mißtrauen gegen einen Betriebsführer empfindet, der Speichellecker und Zuträger zu seinen engeren Mitarbeitern wählt. Das Ergebnis ist schließlich die Verstimmung einer Gefolgschaft, die den besten Willen hat, etwas zu schaffen. Arbeitsunlust, Verdrossenheit machen sich breit und mindern die Leistung. In solchen Fällen helfen weder Betriebsappelle noch die schönsten Reden. Es ist kein Zufall, daß in den vorbildlichen Betriebsgemeinschaften immer auch ein anständiger Ton herrscht und saubere Haltung angetroffen wird.

Wo man sich noch auf dem Wege zu vorbildlicher Kameradschaft befindet, wird man daher stets gut tun, einmal festzustellen, ob der Verkehrston zwischen Führer und Gefolgschaft der richtige ist. Hat man hier Mängel erkannt, sind die Folgerungen zu ziehen. Pflicht des Betriebsführers und der Unterführer ist es, den anständigen Kameraden anständig zu behandeln. Ungeeignete Unterführer müssen von ihrem Posten entfernt werden. Das mag gerade heute nicht leicht sein, indessen wird sich die aufgewandte Mühe reichlich lohnen. Der Tüchtige wirkt meist schon durch Leistung als Vorbild und hat es daher nicht notwendig zu blenden. Der Könner ist selten bequem.

Hat man so die richtigen Mitarbeiter gefunden und an den rechten Platz gestellt, wird man bald erkennen, wie rasch sich die Stimmung im Betrieb bessert und daß nur noch ein wenig Menschenkenntnis ...

... anschaulich zu demonstrieren, steht dem Modell gegenüber eine Karavelle aus der Zeit von vor 400 Jahren, mit geblähten Segeln, auf denen vielleicht Kolumbus oder Vasko de Gama ihre Eroberungs- und Entdeckungsfahrten ausführten.

Persönliches. Beim letzten Betriebsappell überreichte der Direktor des Prov.-Erziehungsheims Euskirchen, Prov.-Obermed.-Rat Dr. Müller, den Erziehern Johann Hoffmann und Heinrich Esser eine vom Führer verliehene Auszeichnung nebst Besitzzeugnis für 25jährige treue Dienste mit den Glückwünschen des Herrn Landeshauptmanns der Rheinprovinz und des ganzen Heims.

Spiele um die Kölner Stadtmeisterschaft. Sonntag, den 6. Juni, 1. FTV 1880 — Luftwaffe Köln. Der Euskirchener Tv 86 hat seine Elf für die Spiele um die Kölner Stadtmeisterschaft gemeldet. Hierzu haben folgende Mannschaften gemeldet: Luftwaffe Köln, Mülheimer SV, HSV Bocklemünd, Reichsbahn Köln, Vingst 05 und der Euskirchener Tv 86.

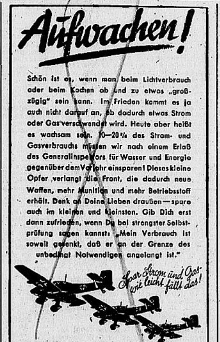
Reichserholungswerk der DAF. im Kreise Euskirchen

Münstereifel. Am Sonntag gelangten zum ersten Male Urlauber des Reichserholungswerkes nach Münstereifel und wurden in Privatpensionen und Hotels untergebracht. Bei diesen zur Erholung Verschickten handelte es sich nur um Bergleute aus dem Kohlenrevier um Aachen, also um Rüstungsarbeiter aus der Schwerindustrie, denen ein Erholungsurlaub an erster Stelle zusteht. Auch der Wettergott zeigte sich am Ankunftstage — was wohl für jeden Urlaub fast das Wichtigste ist — von seiner besten Seite, und die Aufnahme in unserem herrlichen Kurstädtchen hat die Urlauber bestimmt zufrieden gestellt. Montag fand der offizielle Begrüßungsabend für unsere Urlauber statt. Der stellv. Kreisobmann Porschütz fand ernste und heitere Worte, um den Urlaubern alles das zu sagen, was sie während ihrer Erholungszeit beherzigen sollen. Der Amtsbürgermeister der Stadt, Pg. Arntz, begrüßte ebenfalls die Urlauber des Reichserholungswerkes aufs herzlichste und sagte seine Hilfe und seine Fürsorge in allen auftretenden Fragen zu. Er wies mit kurzen Worten auf den kulturhistorischen Wert der Stadt hin, die sich die Urlauber gerst einmal genau ansehen sollen, ehe sie ...

Aus Stadt und Kreis

Arbeits-, Straßen-, Sport-, Hausschuhe, Gamaschen, Schaft-, Marsch- und Arbeitsstiefel aus Leder, Gummi oder Stoff werden zu Arbeitsschuhen für die Schaffenden der Heimat und zu Ausrüstungsgegenständen für die Front verarbeitet. Heraus mit den alten Schuhen, die nutzlos in den Schränken und Kästen liegen und für den Eigentümer selbst keinen Wert mehr haben, zur

Spinnstoff- u. Schuhsammlung 1943



Westdeutscher Beobachter

Euskirchen

Amtliches Organ der NSDAP. und sämtlicher Behörden

Ausgabe Euskirchener Zeitung

Verlag und Hauptschriftleitung: Westdeutscher Beobachter GmbH. Köln, Deutz-Kalker Str. 30; Sammelruf 10031; Zweigstelle Euskirchen: Wilhelmstraße 21, Fernruf 2070. Postscheckkonto: Köln 56580. Bezugspreis monatlich 2.— RM frei Haus (einschl. 0,27 RM Bestellgeld); bei Postbezug 2.— RM einschl. 18 Rpf. Postzeitungsgebühren, zuzüglich 0,36 RM Zeitungszustellgebühr, bei sechsmaliger wöchentlicher Zustellung. Anzeigenpreise laut aufliegender Preisliste. Ersatzansprüche bei Störungen infolge höherer Gewalt ausgeschlossen. Erfüllungsort: Köln.

Nr. 150 / Jahrgang 19 — Freitag, 4. Juni 1943 — Preis 10 Pf.

Rumäniens Heldengedenktag

Telegramm Feldmarschall Mansteins

Bukarest, 4. Juni

Am Donnerstag beging Rumänien seinen Heldengedenktag. Die Feierlichkeiten begannen im Bukarester Grabmal des Unbekannten Soldaten, wo ein Vertreter König Michaels, Staatsführer Marschall Antonescu, Vizeministerpräsident Professor Mihai Antonescu und Vertreter der verbündeten Armeen Kränze niederlegten. Hierauf vollzog der Marschall die Grundsteinlegung zum Bau eines neuen Ehrenfriedhofes für die Gefallenen dieses Krieges in Karlsberg.

Von hier begab sich der Marschall zu dem Bukarester Garnisonfriedhof, wo die gesamte Regierung, die Gesandten der Achsenmächte mit den Militärattachés und Offizieren der deutschen und italienischen Wehrmacht, der Chef des Generalstabes, General Steflea, zahlreiche Generale der rumänischen Armee und Träger der höchsten rumänischen Tapferkeitsauszeichnungen versammelt waren. Einem Feldgottesdienst folgte eine Minute stillen Gedenkens, während die Ehrensalven der Artillerie gelöst und die Glocken des Landes geläutet wurden. Im gleichen Augenblick stand im ganzen Lande der Verkehr still. Dann hielt Marschall Antonescu eine Ansprache, in der u. a. sagte: „Angesichts dieser Gräber bekunde ich den Glauben des ganzen Volkes an unseren Sieg und an die Zukunft aller Rumänen, an den Sieg des Rechtes der Ehre und der nationalen Freiheit. Euch Helden des Volkes, die ihr für euren Boden, für unser Recht und für die Verteidigung der Zivilisation euer Leben geopfert habt, bringen wir den Dank des Volkes dar und ehren euer Andenken, indem wir euren Nachkommen unsere ganze Liebe bekunden."

Generalfeldmarschall von Manstein, unter dessen Führung deutsche und rumänische Truppen im vergangenen Jahr gemeinsam auf der Krim kämpften und Sewastopol zu Fall brachten, richtete an den Staatsführer Marschall Antonescu ein Telegramm, in dem es heißt:

„Am rumänischen Heldengedenktag verneige ich mich angesichts aller gefallenen rumänischen Soldaten, die im Kampf gegen den Bolschewismus an der Seite ihrer deutschen Waffenkameraden als Helden starben."

Der Marschall erwiderte: „Ich danke Ihnen von ganzem Herzen für Ihr den rumänischen Helden dargebrachtes Gedenken. An diesem Tage ehrfürchtiger Einkehr wenden sich unsere Gedanken auch den tapferen deutschen Soldaten zu, die zur Verteidigung der Freiheit Europas gefallen sind, und mit denen sich die rumänischen Soldaten im Kampf und im Opfer verbündet haben."

Auf dem Pro-Patria-Friedhof, auf dem auch deutsche Soldaten ihre letzte Ruhestätte gefunden haben, hielt der rumänische Ritterkreuzträger General Radu Korne eine Ansprache, in der er besonders der deutschen Mitkämpfer gedachte.

Sowjets am Kuban wieder abgewiesen

Wirksame Angriffe unserer Luftwaffe – 83 Feindflugzeuge abgeschossen

Berlin, 4. Juni

Im Ostabschnitt des Kuban-Brückenkopfes standen unsere Truppen auch am 2. Juni in schweren, erfolgreichen Abwehrkämpfen. In der Nacht zuvor wurden noch die letzten der am Vortage eingesickerten Sowjetpanzer von unseren schweren Waffen in der Tiefe des Hauptkampffeldes abgeschossen und die gesamten Stellungen westlich von Krymskaja wieder fest in eigene Hand genommen. Seine erheblichen Verluste bei den gescheiterten Durchbruchsversuchen in den vorausgegangenen vierundzwanzig Stunden zwangen den Gegner zu einer Atempause. Am Vormittag des 2. Juni stieß er deshalb nur vereinzelt mit Teilen seiner Stellungsregimenter vor, offenbar in der Absicht, durch diese örtlichen Angriffe das Heranführen frischer Kräfte zu tarnen. Am späten Nachmittag hatten die Sowjets ihre Bereitstellung beendet. Um den neuen Vorstoß durch das deckungslose Niemandsland zu erleichtern, beschoß die feindliche Artillerie unsere Stellungen und das Vorgelände gleichzeitig mit Spreng- und Nebelgranaten. Im Schutz der Nebelschwaden und gegen Luftangriffe durch zahlreiche Flieger gedeckt, brach dann kurz vor 18 Uhr die bolschewistische Infanterie, unterstützt von 70 bis 80 Panzern, gegen unsere Linien vor. Kaum war sie aus ihren Bereitstellungsräumen herausgetreten, als unser Sperrfeuer schlagartig einsetzte und zugleich Tausende von Stukabomben die Schützenwellen zu Boden zwangen. Die Sowjetpanzer versuchten darauf, den Angriff ohne Infanteriebegleitung fortzusetzen. Sie wurden aber jedesmal, wenn sie aus den Nebelwänden herauskamen, von Artillerie und Panzerjägergeschützen erfaßt, vernichtet oder zurückgetrieben. 14 feindliche Panzerkampfwagen wurden dabei von panzerbrechenden Waffen zerschossen, zehn weitere von Fliegerbomben außer Gefecht gesetzt. Gleichzeitig sicherten unsere Jagdflieger über dem Kampfraum die Angriffe der Kampf- und Sturzkampfflugzeuge und schossen 29 feindliche Schlachtflugzeuge und Bomber ab. Damit war auch der erneute Vorstoß gescheitert. Er hat dem Feind wiederum keinerlei Ergebnisse gebracht, sondern nur seine bisherigen schweren Verluste weiter erhöht. Allein 45 Panzer haben die Bolschewisten an den beiden letzten Kampftagen verloren, davon 14 durch Bombentreffer.

An den übrigen Abschnitten der Ostfront hatten die Kämpfe nur örtliche Ziele. Bei Bjelgorod verbesserten unsere Truppen im Angriff ihre Stellungen, südlich von Ssewsk scheiterten bei Nacht geführte feindliche Vorstöße, nordöstlich von Orel rollten Stoßtrupps die bolschewistischen Gräben in 1800 Meter Breite auf, bei Welish brachen weitere Gegenstöße der Bolschewisten zusammen und vor Leningrad zerschoß unsere Artillerie einige Brücken.

Der wirksamste Angriff unserer Luftwaffe richtete sich gegen die weitläufigen Bahnanlagen von Kursk. Als Zentralpunkt für den Nachschub an die Fronten zwischen Bjelgorod und Orel besitzt dieser Bahnhof für den Feind besondere Bedeutung. Nachdem Jagdflieger den Zielraum durch Abschuß von 50 Sowjetflugzeugen freigekämpft hatten, griffen Kampf- und Zerstörerflugzeuge in mehreren Wellen an. Sie durchbrachen die Flaksperren und zerschlugen mit Hunderten von Bomben die Bahnanlagen. Schwere Explosionen und Brände, besonders im Nord- und Südteil, hüllten schließlich das ganze Bahnhofsgelände in riesige Staub- und Rauchwolken ein. In der Nacht zum 3. Juni setzten die Kampfflieger ihren Angriff fort. Schon von weither ließen ausgedehnte beim Tagesangriff entstandene Brände das Ziel erkennen. Wieder schlugen die Bomben in die Bahnkörper und abgestellten Züge ein und richteten in diesem wichtigen feindlichen Nachschubzentrum große Verheerungen an.

Weitere Kampffliegerstaffeln bombardierten bei Tag und Nacht Eisenbahnziele im Raum von Waluiki, Verpflegungslager bei Artemowka, Truppenansammlungen am mittleren Donez, am Wolchow und südöstlich des Ilmensees sowie Flugplätze an der finnischen Front. Unsere sichernden und Sperre fliegenden Jäger trafen nur vereinzelt auf feindliche Flugzeuge und brachten gemeinsam mit der Flak weitere vier Sowjetflugzeuge zum Absturz. Somit verloren die Bolschewisten am 2. Juni insgesamt 83 Flugzeuge, davon zwei durch Flaktreffer.

Transportflugzeug abgeschossen

Stockholm, 4. Juni

Nach Meldungen aus London wurde dort offiziell bekanntgegeben, daß ein Transportflugzeug auf dem Wege von Lissabon nach England verlorengegangen sei. Die letzte Meldung des Flugzeuges habe besagt, es werde von einem feindlichen Flugzeug angegriffen. An Bord hätten sich 17 Personen befunden.

Einführung bäuerlichen Eigentums in den Ostgebieten

Eine Erklärung der Reichsregierung – Der Beginn einer neuen Ordnung

Berlin, 4. Juni

Vom ersten Tage ihrer Aufbauarbeit in den besetzten Ostgebieten an hat die deutsche Reichsregierung es als ihre Aufgabe angesehen, das bolschewistische System zu liquidieren und eine neue Ordnung einzuleiten. In konsequenter Fortführung dieser Politik hat der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete eine Deklaration über das bäuerliche Eigentumsrecht im Osten herausgegeben. Diese Deklaration stützt sich auf die von ihm bereits erlassene Agrarordnung vom 15. Februar 1942 und erweitert ihren Inhalt in grundlegender Weise für die Gebiete, für die die Agrarordnung erlassen wurde: für die ukrainischen, weißruthenischen und russischen Gebiete. Zur Durchführung dieser Deklaration werden demnächst Ausführungsverordnungen erlassen werden, die ihre schnelle Verwirklichung sicherstellen.

Im einzelnen enthält die Deklaration des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete den Grundsatz, daß die deutsche Reichsregierung das Privateigentum fördert und stützt. Das Land, das im Rahmen der neuen Agrarordnung den einheimischen Bauern zur ständigen individuellen Nutzung zugewiesen worden war, wird als privates Eigentum der Bauern anerkannt. Die Landzuweisung und die Uebertragung des Eigentums wird im Rahmen der im Gange befindlichen Landeinrichtung fortgesetzt. Das Recht auf Land haben alle, die das Land werktätig zu bearbeiten imstande sind, auch wenn sie gegenwärtig nicht am Orte der Landzuweisung wohnen.

Die Einführung des Eigentumsrechtes am Boden ist nicht nur ein weiterer deutscher Schritt auf dem Wege der endgültigen Beseitigung des bolschewistischen Systems im Osten, sondern zugleich auch eine Anerkennung für die Mitarbeit der Landbevölkerung der befreiten Ostgebiete an der Gestaltung der neuen Ordnung.

sc Berlin, 4. Juni

Eine der Grundlagen der Aufbauarbeit unserer Verwaltung in den besetzten Ostgebieten war die schon im Februar 1942 erlassene Agrarordnung, die die von den Bolschewisten bewußt zur Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen für die Bevölkerung eingeführte Kollektivverfassung der Landwirtschaft und damit das bolschewistische Kolchosensystem beseitigte. Damit war der erste Schritt zur Herstellung von landwirtschaftlichen Besitzverhältnissen getan, wie man sie in Europa als selbstverständlich empfindet. Man konnte bei dieser mitten im Kriege eingeleiteten Umstellung natürlich nur schrittweise vorgehen, indem man über die Gemeinwirtschaften eine nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen ausgerichtete Landwirtschaft anstrebte. Umfassende technische Vorbereitungen waren zur Durchführung der neuen Agrarordnung notwendig, zumal es sich um landwirtschaftliche Gebiete handelte, die erheblich von allen Betriebsmitteln, vor allem auch von Arbeitskräften entblößt waren. Die Rückkehr zur individuellen Bodenbewirtschaftung geht über die Landbaugenossenschaft und verfolgt das Ziel, aus ihr wo immer nur möglich, Einzelhöfe zu gewinnen. Deshalb ist, soweit die Voraussetzungen dafür erfüllt waren, der Boden dem Bauern zur ständigen Benutzung zugewiesen worden. Die neue Erklärung des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete bringt nun einen entscheidenden Fortschritt, indem sie dieses Land als privates Eigentum der Bauern anerkennt. Damit wird auch eine wichtige Voraussetzung für die persönliche Leistung geschaffen, deren Bedeutung ohne weiteres klar wird, wenn man die landwirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Ostgebiete berücksichtigt. Man kann sagen, daß nun zum ersten Mal der Bauer in den befreiten Ostgebieten wirklich zum privaten Eigentum gelangt, denn die russische Agrarreform vor dem ersten Weltkriege hatte die Leibeigenschaft nur in sehr begrenztem Umfange beseitigt, während jetzt der Bauer auf seiner eigenen Scholle arbeiten kann. Der neue deutsche Schritt kennzeichnet das Wesen unseres Strebens und Kämpfens im Osten. Er ist deshalb besonders geeignet, auf diejenigen Völker beispielhaft und mahnend zu wirken, die in dem Kampf um die Zukunft Europas noch unschlüssig sind und urteilslos beiseitestehen. Unter dem Eindruck der neuen Bestimmungen wird das östliche Bauerntum zu einer neuen Blüte gelangen. Es wird sich bald zeigen, was ein Bauerntum, das den Begriff des Privateigentums kennt, für seine eigene und des gesamten Landes Stärkung zu leisten vermag.

„Die Juden haben zuviel Macht"

Ergebnis einer Umfrage in den USA

Berlin, 4. Juni

Den USA-Juden ist es offenbar nicht sehr wohl zu Mute. Sie können sich nicht der Tatsache verschließen, daß der Antisemitismus in den Vereinigten Staaten erhebliche Fortschritte mache. Da sie aber anscheinend nicht den ganzen Umfang der antisemitischen Bewegung übersehen, haben sie insgeheim für sich eine Abstimmung veranstaltet, um zu erfahren, wie denn das USA-Volk über das Judentum denkt. Das Ergebnis dieser Abstimmung war nicht gerade ermutigend für die Juden; deshalb unterließen sie es begreiflicherweise, darüber etwas an die Oeffentlichkeit gelangen zu lassen. Jetzt aber hat die USA-Zeitung „PM" Enthüllungen des Rundfunksprechers Bryce Oliver über das Ergebnis dieser von den Juden veranstalteten und finanzierten Umfrage in den USA gebracht. Daraus geht hervor, daß die Frage, ob die Juden zuviel Macht in den USA besäßen, von 61 v. H. der Befragten bejahend beantwortet worden ist. Bryce Oliver erklärt dazu, der Antisemitismus in den USA habe jetzt einen Punkt erreicht, der vielleicht genau so kritisch sei wie damals in Deutschland, bevor man, wie es in der nordamerikanischen Dialektik heißt, „mit den Gewalttätigkeiten" begann. Eine zweite Frage, ob man wohl einen allgemeinen Feldzug gegen die Juden in USA für wahrscheinlich halte, beantworteten 33 v. H. mit „Ja".

Bryce Oliver spricht von „verblüffenden Tatsachen", die durch diese Geheimabstimmung zutage traten. Wir begreifen, daß die USA-Juden einigermaßen verblüfft sind über das Ergebnis ihrer Umfrage, denn sie hatten etwas anderes erwartet. Dabei können sie nicht einmal sagen, daß die antisemitische Bewegung in den USA von irgendeiner Zentrale gelenkt werde oder daß irgendeine Organisation dahinter stecke, die dem Antisemitismus in den Vereinigten Staaten den Rücken zu stärken bemüht sei. Nein, hier handelt es sich um eine rein instinktmäßige Ablehnung des biederen USA-Bürgers, der immer mehr zu der Erkenntnis kommt, daß ihm die Juden den Krieg eingebrockt haben, und daß die Väter und Söhne, die irgendwo an einer der vielen USA-Fronten stehen, für die jüdischen Interessen kämpfen und bluten sollen. Bryce Oliver wird durchaus recht vermuten, wenn er sagt, die Juden hätten wohl aus Furcht das Ergebnis ihrer Untersuchung nicht veröffentlicht.

Die Lage in Tschungking-China

Aufschlußreiche Betrachtungen nordamerikanischer Augenzeugen – Sprechverbot für Frau Sunyatsen

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung)

sc. Berlin, 4. Juni

Nach einem Bericht des Korrespondenten der Neuyorker Zeitschrift „Time" in Tschungking ist die dortige Lage ernst. Die Küstenbewohner, die vor den japanischen Truppen geflüchtet seien, verlangten die Heimkehr, da ihnen allein schon durch die täglich fortschreitende Geldentwertung das Leben schwer gemacht werde. In allen Volksschichten, die der Korrespondent befragte, machte sich Kriegsmüdigkeit geltend. Die Korruption habe sich in der Beamtenschaft und selbst in Regierungskreisen eingenistet. Eine der Folgen dieser Zustände sei die wachsende Zahl der chinesischen Kommunisten, die erbitterte Feinde Tschiangkaischeks seien. Jedenfalls habe die Auflösung der Komintern nicht den geringsten Einfluß auf die Haltung der Kommunisten gehabt. Die 8. bolschewistisch-chinesische Armee sei die einzige, die Kriegsgerät von Moskau erhalte. In den Kämpfen mit den Japanern zeige sich diese Armee passiv, anscheinend deshalb, um ihr Pulver für die von ihr erwarteten inneren Auseinandersetzungen zu sparen. Nirgends auf der Welt sei der Gegensatz zwischen Roosevelt und Stalin so deutlich zu erkennen wie in Tschungking-China. Roosevelts Schützling Tschiangkaischek auf der einen und die Waffe Stalins, die 8. bolschewistisch-chinesische Armee, auf der andern Seite, könnten täglich in einen offenen Bürgerkrieg gegeneinander verwickelt werden, wenn Stalin seine Zeit für gekommen erachte.

Aehnliche Betrachtungen finden sich in einem von der Neuyorker Zeitschrift „Life" veröffentlichten Aufsatz aus der Feder der nordamerikanischen Schriftstellerin Pearl S. Buck. Ganz Tschungkingchina sei demoralisiert, so heißt es in dem Bericht. Der Krieg mit Japan höre auf, ein Volkskrieg der Chinesen zu sein. Von den 500 Millionen Dollar, welche die Vereinigten Staaten, und den 50 Millionen Pfund, welche die Engländer an Tschungking als Anleihe gaben, habe das Volk keinen Cent erhalten. Das Geld sei in die Kassen einiger Kriegsschieber geflossen. Die Beamtenschaft terrorisiere das Volk und selbst Frau Sunyatsen, die Schwester der Frau Tschiangkaischek und letzte Gattin des chinesischen Revolutionärs, habe ein Sprechverbot. Die Kreise, die früher begeisterte Anhänger des Marschalls gewesen seien, insbesondere die Studenten, wendeten sich heute vom politischen Leben ab und gingen in die Geschäfte, d. h. sie schmuggelten, oder sie machten Inflationsgeschäfte. Das starke Anwachsen des Kommunismus und die Spannung zwischen den Truppen Tschiangkaischeks und der 8. bolschewistischen Armee bestimmten die innerpolitische Lage. Die Truppen des Marschalls würden durch Hunger immer mehr dezimiert. Ein Drittel der Soldaten gingen ohne Kampf durch Hunger und Krankheiten verloren. Wegen des Fehlens von Transportmitteln werde die Truppe beinahe immobil, und die Soldaten ließen sich dort nieder, wo sie gerade seien, während die Offiziere raubten.

Das Verhalten der Vereinigten Staaten gegenüber Tschungkingchina sei genau so, sagt Frau Pearl S. Buck, wie es die Japaner wünschen müßten. Sie schließt ihren Bericht mit dem bezeichnenden Satz: „Den Chinesen keine Waffen zu geben, ihre Armee nicht zu unterstützen, die Nachschubkanäle nicht zu öffnen und den Verfall der Armee Tschiangkaischeks zu beschleunigen — wie wunderbar für die Japaner! Sollte es wirklich wahr sein, daß unter allen Generalen und Offizieren der Vereinigten Staaten keiner ist, der die Wahrheit über Tschungkingchina kennt, daß keiner vorhanden ist, der zu handeln versteht?"

In 14 Tagen zerschmettert

Tokio, 4. Juni

Die japanischen Operationen am nordwestlichen Ufer des Tungting-Sees südlich des Yangtse-Flusses bilden, so schreibt der militärische Sachverständige der Nachrichten-Agentur Domei, den ersten Schlag gegen das Verteidigungsbollwerk Tschungkings westlich von Itschang, das Tschungking für uneinnehmbar betrachtet hatte. Das Unternehmen hat Tschungkings „uneinnehmbare" erste Verteidigungslinie in der Zeit von 14 Tagen zerschmettert und das große Getreidegebiet in Nord-Hunan und Süd-Hupeh unter die Herrschaft der Japaner gebracht. Die im Gang befindliche Schlacht erstreckt sich über eine Front von mehr als 300 Kilometer und reicht mehr als 100 Kilometer in das von Tschungking beherrschte Gebiet hinein; sie führte zur Desorganisation aller feindlichen Verbände, die eine Stärke von mehr als 120 000 Mann haben. Diese Truppen gehörten zu Elite-Einheiten unter dem direkten Befehl Tschiangkaischeks.

Kriegsversehrte in der Industrie

Dr. St. Berlin, 4. Juni

Eines der am sorgfältigsten zu behandelnden Kriegsprobleme stellt der Komplex jener Fragen dar, die mit der Wiedereingliederung der Volksgenossen in den Arbeitsprozeß sich verbinden, denen das Schicksal durch eine Versehrung ihres Körpers ein besonderes Opfer abverlangt hat. Daß es hier nicht nur eine vaterländische Pflicht zu erfüllen gilt, ist ebenso selbstverständlich, wie die Erkenntnis der sozialen Bedeutung dieser Maßnahmen und ihrer Auswirkungen in wirtschaftlicher Beziehung. Wenn zurzeit erst verhältnismäßig wenige Kriegsversehrte aus der Wehrmacht entlassen sind, so schien es doch notwendig, die Vorbereitungen über den Wiedereinsatz größerer Gruppen schon jetzt zu treffen. Da die Industrie hierbei eine Hauptaufgabe zu erfüllen hat, hat sie ihrerseits durch die Bildung eines Ausschusses für die Wiedereinsetzung der Kriegsversehrten in ihrem Bereich, der seit November 1942 tätig ist, frühzeitig jene Planungen unternommen, die verhindern, daß eines Tages das Problem als etwa nicht lösbar erscheinen könnte. Und es darf jetzt bereits gesagt werden, daß kein Kriegsversehrter die Befürchtung zu hegen braucht, einmal nicht wieder in den Arbeitsprozeß eingeschaltet zu werden.

An die Vorsorge für den Kriegsversehrteneinsatz, wie er auch beim Handel, Handwerk, Verkehrswesen und in der Landwirtschaft schon seit einiger Zeit vorbereitet wird, schließt die Reichsgruppe Industrie an, die durch den Ausschuß für Versehrtenfragen und die Arbeitsstelle der Reichsgruppe Industrie für Wiedereinschulung von Kriegsversehrten in Dresden jene praktischen Ergänzungen getroffen hat, die notwendig sind, um die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen mit lebendigem Inhalt zu erfüllen. Hatte man nach dem Kriege 1870/71 erstmalig den Gedanken verwirklicht, Kriegsversehrten eine dauernde, allerdings sehr geringe Rente zu bewilligen, so sollte nach dem ersten Weltkrieg der Gedanke einer auskömmlichen Entschädigung durch das Reich zum Durchbruch gelangen. Aber auch hier waren, trotz der insgesamt hohen Summen, die dafür aufgewendet wurden, — im Jahre 1938 z. B. 1,4 Mrd. RM — die Zuwendungen für den einzelnen keineswegs hoch. Ueberdies hatte man sich dahin geeinigt, daß die Rentenempfänger an sich zu keiner Arbeit verpflichtet waren. Die Betriebe wurden ihrerseits veranlaßt, 2 Prozent der Arbeitsplätze für Kriegsbeschädigte, die wieder beschäftigt werden wollten, freizuhalten, konnten sich aber durch Zahlung einer Ausgleichsentschädigung von dieser Verpflichtung loskaufen. Man bevorzugte damals hauptsächlich die Umschulung, erließ auch gewisse Arbeitsschutzbestimmungen für Kriegsversehrte, erreichte aber in der allgemeinen Fürsorge doch keine Befriedigung bei den Betroffenen und konnte insbesondere die „Rentenpsychose" nicht beseitigen; die Kriegsversehrten wollten ja nicht als Arbeitslose vom Staat durch ein Existenzminimum „ausgehalten" werden, sondern wieder als vollwertige Glieder der Volksgemeinschaft ihre Fähigkeiten durch Arbeit beweisen.

Die nationalsozialistische Staatsführung schlug deshalb einen anderen Weg ein. Sie stellte als Selbstverständlichkeit fest, daß der Kriegsversehrte ein Recht auf Arbeit besitzt und damit auch auf einen Arbeitsplatz wie jeder Deutsche. Das Wehrmachtfürsorgegesetz vom 26. August 1938 bestimmte in dieser Beziehung, daß der Kriegsversehrte vor einem sozialen Abstieg zu bewahren sei und jene Lohnhöhe wieder erreichen solle, die er vor seiner Einstellung zum Militär bezog. Der Kriegsversehrte soll demnach sein Einkommen möglichst wieder selbst verdienen, soweit er dazu imstande ist. Das ist keineswegs eine Härte, wie man im ersten Augenblick vielleicht glauben könnte, sondern es schafft die natürliche Voraussetzung zur Ueberwindung etwaiger Minderwertigkeitskomplexe. Denn der Kriegsversehrte kann auch nach seiner Versehrung wieder etwas leisten. Man braucht ihn nicht ständig an seine Verstümmelung zu erinnern. Wenn also ein Kriegsversehrter grundsätzlich das Arbeitseinkommen der Zeit vor dem Wehrmachtdienst wieder erreichen soll, dann muß ihm, solange er nach der Wiedereinsetzung in die Arbeit und dem auf dem Leistungslohnprinzip aufgebauten Schema die gleiche Lohnhöhe nicht zu erreichen vermag, eine Entschädigung gewährt werden. Tatsächlich zahlt diese Differenz die Wehrmacht, später die Hauptfürsorgestelle. Unabhängig davon erhält der Versehrte eine gewisse Rente, die aber nicht als Entgelt für

Stadtarchiv Euskirchen